

# Politikversagen vom Anfang bis zum Ende?

Das Aktionsbündnis Lichterfelde Süd hatte für den 23. Januar 2023 SPD, Grüne, FDP, CDU und LINKE zu einem Wahlhearing eingeladen. SPD, FDP und LINKE hatten zugesagt, Frau Seibeld von der CDU ebenfalls. Kurz vor Beginn der Veranstaltung kam dann die Absage der „Zählergemeinschaft“ per gemeinsamer Mail (s. unten). Diese Absage war nicht nur ein Affront gegen das Aktionsbündnis, sondern auch gegen alle Bürger, die mit den Parteien diskutieren wollten.

Die GRÜNEN, SPD und FDP waren wohl der Auffassung, dass es nichts Aktuelles zu beraten gäbe, es sei alles gesagt. *„Wir stehen als Zählergemeinschaft hinter den aktuellen Plänen und warten nun den B-Plan ab, der uns in diesem Jahr vorgelegt werden wird.“* Dass es massive Kritik an den Bauplänen gibt, die sich auch darin zeigt, dass es 140 (andere Quellen sagen 190) Einwendungen von Anwohnenden dagegen gab, scheint für die Zählergemeinschaft demnach kein Grund zu sein, mit den vom Bauvorhaben betroffenen Menschen zu reden. Parteien aber werden in politische Verantwortung gewählt, weil sie Sprachrohr für die Interessen der Wähler sein sollen – und nicht, um unkritisch die Interessen eines Investors zu stützen.

Der **Anfang** des Skandals: Die Geschichte des etwa 100 ha großen Geländes ist eine Geschichte permanenten Politikversagens. Als die US-Army den Standort aufgab, gehörte das Areal der Deutschen Bahn, war also öffentliches Eigentum. Die verantwortlichen politischen Entscheidungsträger verscherbelten damals den wertvollen Baugrund an einen Investor und machten ihn damit zu Privateigentum. Dieser verkaufte es dann Jahre später an den jetzigen Eigentümer, die Groth-Gruppe - für einen „Appel und ein Ei“. Damals hätte die Politik von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen können, um den Baugrund wieder in öffentliche Hand zu bringen. Tat sie aber nicht - ein weiteres Versagen der Politik. Groth schloss dann im April 2013 mit dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf einen sogenannten „Letter of Intent“, der ihm eine Bebauung von 39 ha zusagte – und dies, obwohl gerade mal 5 Monate zuvor ein vom Bezirksamt selbst in Auftrag gegebenes Umweltgutachten zu dem Ergebnis kam, das lediglich 16 ha sowie weitere 9 ha „bedingt“ bebaut werden sollten. Auch der 2018 geschlossene Städtebauliche Vertrag ist ein Skandal, weil er Groth davor bewahrte, mehr bezahlbaren Wohnraum bauen zu müssen. Einen Tag nach der Unterzeichnung nämlich trat die Änderung des Berliner Modells der Kooperativen Baulandentwicklung in Kraft, wonach nicht mehr nur 25% sondern künftig 30% der geplanten Geschosswohnungen im mietpreisgebundenen Marktsegment zu bauen sind. Damit (und mit anderem mehr) war dem bekannten Berliner Baulöwen Groth ein entscheidender Coup gelungen: die Entmachtung der Politik!

Wie wird aber nun das **Ende** des Projektes aussehen? Hätten die Bezirkspolitiker überhaupt die Möglichkeit, den B-Plan 6-30 im öffentlichen Interessen und ggf. gegen den Willen des Investors zu verändern? Zum Beispiel was die Lage des Schulstandorts betrifft? Oder die Anzahl preisgünstiger Wohnungen? Oder die Größe der Fläche, die versiegelt werden soll? Oder....? Ja, die Möglichkeit hat die Bezirkspolitik, weil nur sie den Bebauungsplan (in Teilen oder ganz) ändern und beschließen kann, der dann Grundlage für das eigentliche Bauverfahren ist. Aber hat sie auch den Willen, das zu tun? Und im Interesse der Allgemeinheit und zum Wohle aller etwas zu ändern? Die Absage der Zählergemeinschaft, sich mit Argumenten der Bürgerinitiative und der Anwohnenden auseinanderzusetzen, lässt wenig Hoffnung zu. Sowohl die Zählergemeinschaft als auch CDU und AfD sind einhellig der Meinung: alles ist gut! Sie stellen sich aus der Verantwortung und bedienen bewusst oder unbewusst allein die Interessen des Baulöwen.

Eberhard Speckmann

<https://aktionsbuendnislichterfeldesued.files.wordpress.com/2023/01/zaehlge.absage.pdf>